



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates

vom 18. März 2025
im Sitzungssaal des Rathauses

Vorsitz:

Erster Bürgermeister Peter Forstner

Schriftführer:

Grundler Andrea

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:00 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:		Bemerkung:
1	Otto Pritscher	
2	Josef Beck	
3	Florian Barth	
4	Brigitta Denk	
5	Christoph Ertl	
6	Maximilian Kiendl	
7	Jörg Linzmeier	
8	Bianca Marklstorfer	
9	Franz-Xaver Mooser	
10	Martin Seeanner	
11	Sebastian Wimmer	
12	Marianne Zeindl	
13	Florian Zellmer	
Entschuldigt sind		
14	Dieter Niedermeier	
15	Sebastian Schinhanl	
Unentschuldigt sind		
16	Oliver Pöschl	
Weiterhin anwesend:		
Stefanie Wieser		Presse
Herr Fahrner		Fa. Fahrner Bauunternehmung
Herr Arnold		Fa. Fahrner Bauunternehmung
		Zu TOP 2
		Zu TOP 2

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 11.02.2025
2. Bauantrag der Firma Fahrner GmbH&Co.KG für den Abbau des vorhandenen Kiesel, Verfüllung der Fläche gemäß des bayerischen Verfüll-Leitfadens auf Fl.Nr. 1023 Gemarkung Niederroning, Nähe Walpersdorf
3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Neufahrn i.NB durch Deckblatt Nr. 22 und des Landschaftsplanes durch Deckblatt Nr. 12 sowie Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit integrierter Grünordnung für ein "Sondergebiet Photovoltaikfreiflächenanlage Walpersdorf" für Fl.Nr. 1025 Teilfläche, Gemarkung Niederroning;

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
 - 3.1 Feststellungsbeschluss
 - 3.2 Satzungsbeschluss
4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Neufahrn i.NB durch Deckblatt Nr. 23 und des Landschaftsplanes durch Deckblatt Nr. 13 sowie Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit integrierter Grünordnung für ein "Sondergebiet Photovoltaikfreiflächenanlage Walpersdorf II" für Fl.Nr. 1013 Teilfläche, Gemarkung Niederroning;

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
 - 4.1 Feststellungsbeschluss
 - 4.2 Satzungsbeschluss
5. Bekanntgabe von auf dem Verwaltungsweg behandelten Bauanträgen
6. Bekanntmachung von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen, für welche die Gründe der Geheimhaltung entfallen sind
7. Anfragen / Informationen des Bürgermeisters

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 11.02.2025

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 11.02.2025 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

2. Bauantrag der Firma Fahrner GmbH&Co.KG für den Abbau des vorhandenen Kiesel, Verfüllung der Fläche gemäß des bayerischen Verfüll-Leitfadens auf Fl.Nr. 1023 Gemarkung Niederroning, Nähe Walpersdorf

Sachverhalt:

Die Firma Fahrner Bauunternehmen GmbH beabsichtigt, den Kiesabbau in Walpersdorf durchzuführen. Das Vorhaben soll in drei Abbauabschnitten schrittweise umgesetzt werden. Die Fläche für den Kiesabbau und die anschließende Verfüllung umfasst die Waldfläche mit der Flur-Nr. 1023 in der Gemarkung Niederroning und hat eine Gesamtgröße von 6,33 ha.

Eine Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2020 ergab, dass dieses Gebiet aufgrund seiner Eigenschaften besonders gut für den Kiesabbau geeignet ist. Der Abbau erfolgt werktags zwischen 6:00 und 18:00 Uhr, abhängig von Witterungs- und Bedarfsverhältnissen. Die geplante Abbausohle liegt bei 434,25 m über Normalnull, wobei die Böschungen einen maximalen Winkel von 60° aufweisen und alle 10 Höhenmeter ca. 3 m breite Bermen zur Stabilisierung entstehen.

Nach Abschluss des Kiesabbaus erfolgt die Verfüllung der Flächen gemäß dem bayerischen Verfüllleitfaden, wobei die maximale Aushubmenge und eine sorgfältige Untergrundanalyse berücksichtigt werden. Im Anschluss ist eine Rekultivierung der Fläche geplant, wobei eine Wiederaufforstung des Waldgebiets erfolgen soll. Ein breiter Waldstreifen bleibt als Sicht- und Lärmschutz erhalten, um Beeinträchtigungen für Anwohner zu minimieren. Zudem beträgt die Entfernung zu den nächstgelegenen bewohnten Gebäuden über 300 Meter, wodurch eine zusätzliche Lärmbelastung vermieden wird.

Für den Transport des Kiesel zur geplanten Mischanlage in Oberlindhart, die etwa 9 km entfernt liegt, ist eine optimierte Streckenführung vorgesehen. Die Route führt über St. Anna und Wurmdorf zur Kreisstraße und vermeidet weitestgehend Wohngebiete. Dadurch wird die Verkehrsbelastung für Anwohner geringgehalten, und es entfallen Fahrten durch geschlossene Ortschaften.

Erster Bürgermeister Forstner begrüßte zu diesem TOP Herrn Robert Fahrner und Herrn Arnold, und bat sie, dem Gemeinderat das Vorhaben vorzustellen.

Herr Arnold erläuterte anhand einer Präsentation zunächst die Lage des Abbaugebiets und verwies auf die Machbarkeitsstudie des Büros ifb Eigenschenk. Die Geologie und Hydrogeologie der Fläche wurden untersucht. Die Verfüllung des Kiesabbaus erfolgt nach dem Verfüllleitfaden. In Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt werden noch Grundwasserbohrungen gemacht. In Betracht für den Kiesabbau kommt die Fläche u. a. deshalb, weil die Entfernung zur firmeneigenen Mischanlage nur 9 km beträgt. Als Vorteile wurden angeführt, dass die Fläche wenig einsehbar ist, keine Transportfahrten durch geschlossene Ortschaften stattfinden müssen, die Route über Gemeindestraßen zur Kreisstraße führt und die Entfernung zur nächsten Wohnbebauung groß ist.

Zur vorgesehenen Route erläuterte er, diese solle über den öffentlichen Feld- und Waldweg Flst. 1020, weiter über die Gemeindeverbindungsstraße Hebramsdorf-Piegendorf (Flst. 1026), Gemeindeverbindungsstraße Wurmdorfer Straße (Flst. 1551), zum öffentlichen Feld- und Waldweg Flst. 1450/2 und unter der B15n hindurch über die Gemeindeverbindungsstraße Sachsendorfer Straße (Flst. 1068) zur Kreisstraße LA 34 führen.

Der öffentliche Feld- und Waldweg Flst. 1020 würde hierzu von der Firma Fahrner entsprechend befestigt.

Der Abbau erfolgt in drei Abschnitten ca. 30 m über dem Grundwasserspiegel. In der Kiesgrube wird es keine Sieb- oder Brechanlage geben. Der Abbau erfolgt in der Regel mit Radlader und Bagger. Der Böschungswinkel beträgt max. 60°, alle 10 Höhenmeter werden ca. 3 m breite Bermen angelegt.

Zur freien Flächen hin bleiben Waldstreifen von 10 m + 5 m Wurzelstreifen bestehen. Flora & Fauna werden im Vorfeld aufgenommen um geeignete Maßnahmen festzulegen, nach der Verfüllung wird das Waldgebiet wieder aufgeforstet. Gehölz wird nur außerhalb der Vogelbrutzeit entfernt.

Die Entfernung zur nächsten Wohnbebauung beträgt jeweils >300 m:

- Walpersdorf: 328,94 m
- St. Anna: 344,51 m
- Sachsendorf: 499,91 m

Im Jahresdurchschnitt werden für die LKW An- und Abfahrten, ausgehend von

- 200 Arbeitstagen/Jahr
 - einer LKW-Nutzlast von 15 m³
 - einem Abbauzeitraum von 25 Jahren,
 - einem Kiesvolumen von 1.097.035 m³, abzgl. 25% nicht verwertbarer Lagerstättenanteil bleiben 822.750 m³ und
 - einer Dichte des Kiesel von 1,5 g/cm³,
- mit 13 LKW/Tag gerechnet.

Beratung:

GR. Ertl meinte, nach seiner Berechnung umfasst das Abbaugelände ein Kiesvolumen von ca. 1,9 Mio. m³. Außerdem dürfte der Böschungswinkel in der Realität nicht 60°, sondern 45° betragen. Damit erhöht sich natürlich auch die Zahl der Massen die abtransportiert und später auch wieder verfüllt werden.

Herr Arnold erklärte die Zahlen sind nach Ermittlung der Lagen, dem Abraum und den Lagen zwischen den Kiesvorkommen durch Bohrkernproben und anhand eines Digitalen Geländemodells errechnet worden.

Auf Nachfrage von Erstem Bürgermeister Forstner erklärte Herr Arnold, die Zulässigkeit des Verfüllmaterials, Klasse Z0 bis Z2, hängt noch von den Ergebnissen der Grundwasserbohrung ab.

Z0 ist dabei unbelasteter Boden, Z2 ist Material, das ausgewaschen werden kann, z.B. Böden mit dem natürlich vorkommenden Arsengehalt.

Dazu fragte Zweiter Bürgermeister Pritscher nach, ob es sich dabei auch um arsenhaltige Böden aus Industriegebieten handeln könnte. Dies wurde von Herrn Arnold verneint, Aushub aus Industriegebieten ist sehr problematisch zu behandeln. Die Verfüllung von Kiesgruben wird zudem von den Landratsämtern halbjährlich fremdüberwacht.

GR. Wimmer hatte große Bedenken, dass es bei 13 LKW/Tag im Durchschnitt und in Spitzenzeiten max. 30 LKW/Tag, zu Problemen mit Begegnungsverkehr, insbesondere mit großen landwirtschaftlichen Fahrzeugen kommen wird und wollte deshalb wissen, ob Ausweichstellen eingeplant sind, weil die Straßen jetzt zu schmal sind. Herr Arnold erklärte, die Firma Fahrner würde diesbezüglich auf die Gemeinde zugehen und ggf. würden dann Ausweichstellen gebaut.

GR. Mooser wollte wissen, warum man nicht auch Richtung Hebramsdorf fährt.

GR. Ertl vertrat auch die Ansicht, dass die Straßen mit Breiten zwischen 3 m und 4,30 m viel zu schmal für Begegnungsverkehr sind. Es wird dann im Bankettbereich gefahren und bei 7 t Last sind die Straßen sind dann nach einem Drittel der Zeit kaputt. Er schlug vor, den Abtransport Richtung St. Anna zu organisieren und über Hebramsdorf zurückzufahren. Herr Arnold erklärte, die Firma Fahrner sei für solche Regelungen offen, auch der Kiesabbau in Haselbach sei so geregelt, auch mit 30 km/h Beschränkung. Diese Vorgaben werden auch eingehalten.

GR. Wimmer sprach sich ausdrücklich gegen Fahrten Richtung Hebramsdorf aus, weil die Ortsdurchfahrten von Hebramsdorf, Ettenkofen und Hofendorf auf der St 2142 ohnehin schon sehr belastet sind.

GRin. Denk teilte diese Meinung und sagte, über die Staatsstraße in Neufahrn findet ja auch schon der Kiesabbau durch Gämelkofen statt. Neufahrn würde dann nochmals zusätzlich belastet. Evtl. gäbe es die Möglichkeit einer anderen Route.

Hierzu erklärte Herr Fahrner, die Kiesgrube in Asenkofen ist mittlerweile fast ausgebeutet. Sie wird jetzt wieder verfüllt. Er verwies darauf, dass die Firma Fahrner bei etwaigen Beschwerden, z.B. wegen Verschmutzung, sofort reagiert.

GR. Mooser meinte hierzu, vor dem Bau der B15neu fuhren wesentlich mehr LKW durch Neufahrn. Die Straßen sind dafür auch ausgelegt.

Zweiter Bürgermeister Pritscher verwies darauf, dass in der Nachbarschaft des geplanten Abbaus eine Photovoltaikfreiflächenanlage entsteht, und wollte wissen, ob für diese durch den Abbau Nachteile zu befürchten sind und, ob für den restlichen Wald durch die Teilrodung Gefahr von Windbruch besteht.

Herr Arnold erklärte, der Eigentümer des PV-Anlage des Grundstücks sei informiert und habe sein Einverständnis auch schriftlich erklärt. Anhand des Luftbilds erklärte er, dass der 5m breite Wurzelstreifen vor Windbruch Schutz bietet.

GR. Ertl plädierte nochmals dafür die Zu- und Abfahrten auf getrennten Routen zu organisieren. Er zweifle an den berechneten Zahlen und gehe für den Zeitraum von 25 Jahren von rund 2 Mio. m³ Volumen aus, das wären dann wesentlich mehr als ca. 15 Fahrten pro Tag.

GR. Barth meinte, Kiesabbau ist hier regional. Getrennte Zu- und Abfahrten sind die bessere Lösung. Wenn nötig müssen die Straßen von der Firma Fahrner repariert werden.

Erster Bürgermeister Forstner erklärte, die getrennten Routen sind nicht im Bauantrag enthalten, können aber dem Landratsamt vorgeschlagen werden.

GR. Ertl meinte dazu, wenn dem Antrag jetzt zugestimmt wird und die vorgeschlagenen getrennten Routen bei der Genehmigung nicht berücksichtigt werden, dann bleibt es so.

GR. Wimmer erkundigte sich nochmals nach den Betriebszeiten des Kiesabbaus. Herr Fahrner erklärte, der Abbau wird von Montag bis Freitag in der Zeit von 07.00 bis 17.00 Uhr betrieben.

Erster Bürgermeister Forstner formulierte folgenden Beschlussvorschlag:

Dem vorliegenden Antrag der Firma Fahrner auf Kiesabbau auf Flst. 1023, Gemarkung Niederroning, wird das gemeindliche Einvernehmen erteilt. Die Leerfahrten sollen über die Route Richtung Walpersdorf - Hebramsdorf - Ettenkofen und Hofendorf durchgeführt werden. Die beladenen LKW sollen die im Antrag gewählte Route nutzen.

GR. Ertl erklärte, er könne dem nicht zustimmen.

Beschluss:

Dem vorliegenden Antrag der Firma Fahrner auf Kiesabbau auf Flst. 1023, Gemarkung Niederroning, wird das gemeindliche Einvernehmen erteilt. Die Leerfahrten sollen über die Route Richtung Walpersdorf - Hebramsdorf - Ettenkofen und Hofendorf durchgeführt werden. Die beladenen LKW sollen die im Antrag gewählte Route nutzen.

Abstimmungsergebnis: 9 : 5

3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Neufahrn i.NB durch Deckblatt Nr. 22 und des Landschaftsplanes durch Deckblatt Nr. 12 sowie Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit integrierter Grünordnung für ein "Sondergebiet Photovoltaikfreiflächenanlage Walpersdorf" für Fl.Nr. 1025 Teilfläche, Gemarkung Niederroning;

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Sachverhalt:

Die Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Änderung des Flächennutzungsplanes durch Deckblatt Nr. 22, für die Änderung des Landschaftsplanes durch Deckblatt Nr. 12 sowie für die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit integrierter Grünordnung für ein „Sondergebiet Photovoltaikfreiflächenanlage Walpersdorf“ für Fl.Nr. 1025 Teilfläche, Gemarkung Niederroning, wurde in der Zeit vom 11.12.2024 bis einschl. 10.01.2025 durchgeführt. Hierauf wurde durch ortsübliche Bekanntmachung, Veröffentlichung in der Presse, auf der Homepage der Gemeinde und im zentralen Landesportal für die Bauleitplanung Bayern form- und fristgerecht hingewiesen.

Die Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurde mit Schreiben vom 03.12.2024 (Fristsetzung bis 10.01.2025) durchgeführt.

1. Zur Änderung des Flächennutzungsplans durch Deckblatt Nr. 22 und des Landschaftsplans durch Deckblatt Nr. 12:

In der Abwägung der Belange gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch ergeben folgende einstimmigen Beschlüsse:

I. Abwägung der Belange gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch

Die Gemeinde Neufahrn i.NB unterstützt die Förderung erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet.

Der Geltungsbereich für die Photovoltaik-Freiflächenanlage mit einer Größe von insgesamt etwa 3 ha befindet sich auf einer Teilfläche der Flurnummer 1025 in der Gemarkung Niederroning, Gemeinde Neufahrn i. NB.

Belange der Landwirtschaft

Die Fläche wird derzeit intensiv ackerbaulich genutzt. Durch die Aufstellung der geplanten Anlage gehen Ackerstandorte im Zeitraum des Betriebes verloren. Dennoch kann im Geltungsbereich landwirtschaftliche Nutzung (Extensive Bewirtschaftung von Grünland) betrieben werden. Die Gemeinde gewichtet die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten.

Die Fläche wird nicht dauerhaft versiegelt und kann nach der zeitlich befristeten Nutzung als Fläche für die Energiegewinnung wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Belange des Verkehrs

Das Planungsgebiet liegt westlich von Neufahrn i.NB. Die Gemeinde Neufahrn i.NB ist von der Bundesstraße 15 N erreichbar. Durch die Abfahrt zur St 2142 vor dem Ortsteil Hebramsdorf gelangt man über die LA 35 und anschließend die Gemeindeverbindungsstraße Hebramsdorf-Piegendorf und deren anschließenden Feldwege an dem Geltungsbereich an.

Belange des Orts- und Landschaftsbildes

Der Geltungsbereich liegt in der naturräumlichen Haupteinheit „Unterbayerisches Hügelland und Isar-Inn-Schotterplatten“. Die Untereinheit wird als „Donau-Isar-Hügelland“ bezeichnet.

Das Vorhaben befindet sich nicht in einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet. Durch die Bundesstraße 15 N (vierspurig, als autobahnähnliche Straße ausgebaut) im Umkreis des Geltungsbereichs sowie einer bestehenden PV-Freiflächenanlage besteht bereits eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

Durch die geplante Photovoltaikanlage wird dem Landschaftsbild ein weiteres anthropogenes, in diesem Fall technisches Element hinzugefügt. Aufgrund der bestehenden umliegenden Waldflächen und der geplanten Eingrünung ist die Fläche nicht großflächig einsehbar und die Anlage beeinträchtigt somit das Landschaftsbild nicht wesentlich. Zusätzliche Eingrünungsmaßnahmen um den gesamten Geltungsbereich wirken der Fremdwirkung des geplanten Vorhabens entgegen.

Bodenschutzklausel

Gemäß § 1 a Abs. 2 Baugesetzbuch soll mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden, Bodenversiegelungen sind auf das notwendige Maß zu begrenzen und landwirtschaftliche Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.

Die Gemeinde Neufahrn i.NB unterstützt die Förderung erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet. Die Gemeinde Neufahrn i.NB hat einen Kriterienkatalog für Freiflächenphotovoltaikanlagen aufgestellt, der grundsätzlich eingehalten wird. Die Fläche wird im Umfeld der bestehenden Anlage landwirtschaftlich genutzt. Außerdem kann die Fläche nach der zeitlich befristeten Nutzung für die Energiegewinnung wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

Die Gemeinde Neufahrn i.NB gewichtet deshalb in diesem Fall die Ausweisung von Flächen zur nachhaltigen Stromgewinnung höher als den temporären Verlust von Ackerland. Anlagen aus erneuerbaren Energien liegen gemäß dem Schreiben des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (24.02.2023) nicht nur im überwiegenden öffentlichen Interesse, sondern im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.

Belange des Umweltschutzes

Die zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft sind durch die Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 14 des Bundesnaturschutzgesetzes erfasst. Entsprechende Festsetzungen zur Eingriffsregelung und Grünordnung sind im Bebauungsplan / Grünordnungsplan integriert. Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB wurde eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen Umweltauswirkungen ermittelt und im Umweltbericht beschrieben werden. Zu weiteren Einzelheiten wird auf die Begründung verwiesen.

II. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind keine Stellungnahmen eingegangen.

III. Aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB liegen die unten aufgeführten Stellungnahmen vor. **Den Stellungnahmen sind die Abwägungen und Beschlüsse gegenübergestellt.**

Regierung von Niederbayern vom 16.12.2024 Az: RNB-24- 8314.1.5-20-26-5 Sophia Held	Die Gemeinde Neufahrn i.NB. beabsichtigt die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 22. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage geschaffen werden. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf“ erfolgt im Parallelverfahren.	Wird zur Kenntnis genommen.
	Die Regierung von Niederbayern als höhere Landesplanungsbehörde hat hierzu bereits am 10.09.2024 Stellung genommen: Der gewählte Standort drängt sich aufgrund der fehlenden Vorbelastung weiterhin nicht auf. Insofern die Gemeinde Neufahrn i.NB. die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher gewichtet als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten stehen dem Vorhaben Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung weiterhin nicht entgegen.	Wird zur Kenntnis genommen.

	<p>Hinweis: Wir bitten darum, uns zur Pflege der Planzentrale und des Rauminformationssystems nach Inkrafttreten von Bauleitplänen bzw. städtebaulichen Satzungen eine Endausfertigung sowohl auf Papier als auch in digitaler Form mit Angabe des Rechtskräftigkeitsdatums zukommen zu lassen. Wir verweisen hierbei auf unser Schreiben „Mitteilung rechtskräftig gewordener Bauleitpläne und städtebaulicher Satzungen“ vom 08.12.2021. Besten Dank für Ihre Unterstützung.</p>	<p>Die Endfassungen werden in den gewünschten Formaten an die Regierung von Niederbayern übermittelt.</p>
<p>Regionaler Planungsverband vom 16.12.2024 Az: Herr Landrat Dreier</p>	<p>Die Gemeinde Neufahrn i.NB. beabsichtigt die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 22. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage geschaffen werden. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf“ erfolgt im Parallelverfahren.</p> <p>Der gewählte Standort drängt sich aufgrund der fehlenden Vorbelastung weiterhin nicht auf. Von Seiten des Regionalen Planungsverbandes Landshut bestehen keine Bedenken gegen die Planung, wenn die Gemeinde Neufahrn i.NB. die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher gewichtet als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standort.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde gewichtet die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten. Durch die umfängliche vorgesehene sowie bereits vorhandene Eingrünung der geplanten Anlage wird die Einsehbarkeit wesentlich reduziert. Ein möglicher zukünftiger Lehmabbau innerhalb des Vorranggebietes wird durch das Vorhaben nicht verhindert.</p> <p>Zusätzlich wird dem Ausbau Erneuerbarer Energien zwischenzeitlich ein großes gesamtgesellschaftliches Interesse beigemessen. Zur Beschleunigung des Ausbaus von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien in allen Rechtsbereichen wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient: „§ 2 Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien: Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden</p>

		<p>Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.</p> <p>Die Gemeinde sieht es daher als Ihre Aufgabe an, den Umbau der Energieversorgung auch dezentral vor Ort voranzutreiben: Die Gemeinde ist außerdem verpflichtet, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz zu gewährleisten, wozu die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage maßgeblich beiträgt. Da sich die Gemeinde aktiv am Umbau der Energieversorgung beteiligen will, wird an der Planung festgehalten.</p>
--	--	--

Folgende beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Einwände gegen die Planung erhoben bzw. keine Hinweise gegeben:

- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 44 Bauleitplanung
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 24 Untere Naturschutzbehörde
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 43 Immissionsschutz
- Landratsamt Landshut, Brandschutzdienststelle
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Landshut
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Zweckverband zur Wasserversorgung Rottenburger Gruppe
- Markt Ergoldsbach
- Markt Mellersdorf-Pfaffenberg
- Markt Schierling

Von folgenden beteiligten Behörden und Trägern öffentlicher Belange lag bis zur Sitzung keine Stellungnahme vor:

- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 40, Untere Bauaufsichtsbehörde
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 25, Abfallwirtschaft und Bodenschutz
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 23 Wasserrecht
- Landratsamt Landshut, Kreisarchäologie
- Landratsamt Landshut, Gesundheitsamt
- Landesamt für Denkmalpflege
- Bayerischer Bauernverband

- BUND Naturschutz Kreisgruppe Landshut
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Gemeinde Hohenthann
- Stadt Rottenburg a.d. Laaber

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

2. Zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Sondergebiet Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf“

In der Abwägung der Belange gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch ergehen folgende einstimmigen Beschlüsse:

I. Abwägung der Belange gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch

Die Gemeinde Neufahrn i.NB unterstützt die Förderung erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet.

Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die Photovoltaik-Freiflächenanlage mit einer Größe von insgesamt etwa 3 ha befindet sich auf einer Teilfläche der Flurnummer 1025 in der Gemarkung Niederroning, Gemeinde Neufahrn i. NB.

Belange der Landwirtschaft

Die Fläche wird derzeit intensiv ackerbaulich genutzt. Durch die Aufstellung der geplanten Anlage gehen Ackerstandorte im Zeitraum des Betriebes verloren. Dennoch kann im Geltungsbereich landwirtschaftliche Nutzung (Extensive Bewirtschaftung von Grünland) betrieben werden. Die Gemeinde gewichtet die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten. Die Fläche wird nicht dauerhaft versiegelt und kann nach der zeitlich befristeten Nutzung als Fläche für die Energiegewinnung wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Belange des Verkehrs

Das Planungsgebiet liegt westlich von Neufahrn i.NB. Die Gemeinde Neufahrn i.NB ist von der Bundesstraße 15 N erreichbar. Durch die Abfahrt zur St 2142 vor dem Ortsteil Hebramsdorf gelangt man über die LA 35 und anschließend die Gemeindeverbindungsstraße Hebramsdorf-Piegendorf und deren anschließenden Feldwege an dem Geltungsbereich an.

Belange des Orts- und Landschaftsbildes

Der Geltungsbereich liegt in der naturräumlichen Haupteinheit „Unterbayerisches Hügelland und Isar-Inn-Schotterplatten“. Die Untereinheit wird als „Donau-Isar-Hügelland“ bezeichnet.

Das Vorhaben befindet sich nicht in einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet. Durch die Bundesstraße 15 N (vierspurig, als autobahnähnliche Straße ausgebaut) im Umkreis des Geltungsbereichs sowie einer bestehenden PV-Freiflächenanlage besteht bereits eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

Durch die geplante Photovoltaikanlage wird dem Landschaftsbild ein weiteres anthropogenes, in diesem Fall technisches Element hinzugefügt. Aufgrund der bestehenden umliegenden Waldflächen und der geplanten Eingrünung ist die Fläche nicht großflächig einsehbar und die Anlage beeinträchtigt somit das Landschaftsbild nicht wesentlich. Zusätzliche Eingrünungsmaßnahmen um den gesamten Geltungsbereich wirken der Fremdwirkung des geplanten Vorhabens entgegen.

Bodenschutzklausel

Gemäß § 1 a Abs. 2 Baugesetzbuch soll mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden, Bodenversiegelungen sind auf das notwendige Maß zu begrenzen und landwirtschaftliche Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.

Die Gemeinde Neufahrn i.NB unterstützt die Förderung erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet. Die Gemeinde Neufahrn i.NB hat einen Kriterienkatalog für Freiflächenphotovoltaikanlagen aufgestellt, der grundsätzlich eingehalten wird. Die Fläche wird im Umfeld der bestehenden Anlage landwirtschaftlich genutzt. Außerdem kann die Fläche nach der zeitlich befristeten Nutzung für die Energiegewinnung wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

Die Gemeinde Neufahrn i.NB gewichtet deshalb in diesem Fall die Ausweisung von Flächen zur nachhaltigen Stromgewinnung höher als den temporären Verlust von Ackerland. Anlagen aus erneuerbaren Energien liegen gemäß dem Schreiben des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (24.02.2023) nicht nur im überwiegenden öffentlichen Interesse, sondern im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.

Belange des Umweltschutzes

Die zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft sind durch die Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 14 des Bundesnaturschutzgesetzes erfasst. Entsprechende Festsetzungen zur Eingriffsregelung und Grünordnung sind im Bebauungsplan / Grünordnungsplan integriert. Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB wurde eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen Umweltauswirkungen ermittelt und im Umweltbericht beschrieben werden. Zu weiteren Einzelheiten wird auf die Begründung verwiesen.

II. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind keine Stellungnahmen eingegangen.

III. Aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB liegen die unten aufgeführten Stellungnahmen vor. **Den Stellungnahmen sind die Abwägungen und Beschlüsse gegenübergestellt.**

Regierung von Niederbayern vom 16.12.2024 Az: RNB-24-8314.1.5- 20-24-5 Sophia Held	Die Gemeinde Neufahrn i.NB. beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf“. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage geschaffen werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 22 erfolgt im Parallelverfahren.	Wird zur Kenntnis genommen.
	Die Regierung von Niederbayern als höhere Landesplanungsbehörde hat hierzu bereits am 10.09.2024 Stellung genommen: Der gewählte	Wird zur Kenntnis genommen.

	<p>Standort drängt sich aufgrund der fehlenden Vorbelastung weiterhin nicht auf. Insofern die Gemeinde Neufahrn i.NB. die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher gewichtet als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten stehen dem Vorhaben Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung weiterhin nicht entgegen.</p> <p>Hinweis: Wir bitten darum, uns zur Pflege der Planzentrale und des Rauminformationssystems nach Inkrafttreten von Bauleitplänen bzw. städtebaulichen Satzungen eine Endausfertigung sowohl auf Papier als auch in digitaler Form mit Angabe des Rechtskräftigkeitsdatums zukommen zu lassen. Wir verweisen hierbei auf unser Schreiben „Mitteilung rechtskräftig gewordener Bauleitpläne und städtebaulicher Satzungen“ vom 08.12.2021. Besten Dank für Ihre Unterstützung.</p>	Die Endfassungen werden in den gewünschten Formaten an die Regierung von Niederbayern übermittelt.
Bayernwerk Netz GmbH vom 10.12.2024	<p>gegen das o.g. Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Mit dem Schreiben vom 26.09.2024 - Zeichen TOAP Ge 12639 haben wir von der Bayernwerk Netz GmbH bereits eine weiterhin gültige Stellungnahme zum Verfahren abgegeben: <i>„Gegen das Planungsvorhaben bestehen von unserer Seite keine Einwände. Im Geltungsbereich befinden sich keine von uns betriebene Anlagen, welche für das Vorhaben relevant sind.“</i></p> <p>Losgelöst von möglichen Festlegungen zu einem Netzanschluss- bzw. Verknüpfungspunkt mit dem Stromnetz der allgemeinen Versorgung im Rahmen dieser Bauleitplanung erfolgt diese Festlegung ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben wie z.B. EEG, KWKG.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
Regionaler Planungsverband vom 16.12.2024 Az: Herr Landrat Dreier	<p>Die Gemeinde Neufahrn i.NB. beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf“. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage geschaffen werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 22 erfolgt im Parallelverfahren.</p> <p>Der gewählte Standort drängt sich aufgrund der fehlenden Vorbelastung weiterhin nicht auf. Von Seiten des Regionalen Planungsverbandes Landshut bestehen keine Bedenken gegen die Planung, wenn die Gemeinde Neufahrn i.NB. die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher gewichtet als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde gewichtet die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten. Durch die umfängliche vorgesehene sowie bereits vorhandene Eingrünung der geplanten Anlage wird die Einsehbarkeit wesentlich</p>

		<p>reduziert. Ein möglicher zukünftiger Lehmabbau innerhalb des Vorranggebietes wird durch das Vorhaben nicht verhindert.</p> <p>Zusätzlich wird dem Ausbau Erneuerbarer Energien zwischenzeitlich ein großes gesamtgesellschaftliches Interesse beigemessen. Zur Beschleunigung des Ausbaus von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien in allen Rechtsbereichen wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient: „§ 2 Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien: Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.</p> <p>Die Gemeinde sieht es daher als Ihre Aufgabe an, den Umbau der Energieversorgung auch dezentral vor Ort voranzutreiben: Die Gemeinde ist außerdem verpflichtet, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz zu gewährleisten, wozu die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage maßgeblich beiträgt. Da sich die Gemeinde aktiv am Umbau der Energieversorgung beteiligen.</p>
<p>Bund Naturschutz vom 10.01.2025 Heinrich Inkoferer</p>	<p><u>1. Allgemein</u></p> <p>Die BUND Naturschutz-Kreisgruppe Landshut hält weiterhin an der zum Vorhaben abgegebenen Stellungnahme zum Vorentscheid fest.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Eine umweltschonende Planung der PV-</p>

	<p>Wir betonen hiermit die dringende Notwendigkeit, bei der Erstellung von Freiflächen-PV-Anlagen nicht nur die Erzeugung von umweltfreundlicher, klimaschonender elektrischer Energie mit dem einhergehenden wirtschaftlichen Gewinn als alleiniges Ziel zu betrachten, sondern auch den unmittelbar notwendigen lokalen Schutz der Natur nicht gänzlich zu vernachlässigen. Beides, die Energieversorgung und der Naturschutz, müssen gleichwertig betrachtet werden.</p> <p>Sollten nämlich die Maßnahmen zur Schaffung einer artenreichen Wiese im Anlagengelände nicht erforderlich sein und trotzdem keine gesonderte Ausgleichsfläche angelegt werden, wäre die Naturschutz völlig ausgehebelt. Dieses Risiko besteht tatsächlich.</p> <p>Gerät der Naturschutz bei Planung und Betrieb einer Anlage zur Erzeugung von regenerativen Energien ins Hintertreffen, muss der BN diese Planung ablehnen!</p> <p>Die in unserer Stellungnahme zur Vorentwurf eingebrachten Forderungen sind bei weitem nicht übertrieben und der Wirtschaftlichkeit der Anlage auch nicht abträglich, wurden diese doch in anderen Bebauungsplänen von PV-Freiflächenanlagen im Lkr. Landshut vorbehaltlos übernommen.</p> <p>Darum plädiere ich an das Entscheidungsgremium, seine Zurückhaltung noch einmal zu überdenken und die Stellungnahme des BUND Naturschutz nunmehr in vollem Umfang zu berücksichtigen.</p> <p><u>2. Zu BBP/GOP Ziffer 4.4.2 Eingriffe und Ausgleich</u></p> <p>Es wird auf das Rundschreiben „Bau- und landesplanerische Behandlung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ...“ Aus dem Jahr 2021, hingewiesen, nach dem „durch Gestaltungs- und Pflegemaßnahmen erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes vollständig vermieden werden, wenn der Biotyp A11 oder G11 vorliegt und der Zielzustand G2121 „Mäßig extensiv genutztes, artenreiches Grünland“ auf den Flächen unter der PV-Anlage erreicht werden kann“.</p> <p>Dieser Zielzustand kann mit den vorliegenden vorgeschlagenen Maßnahmen jedoch nur dann erreicht werden, wenn zunächst nur Gras angesät, gemäht und weggefahren wird, dies 2 bis 3 Jahre lang, bis eine Reduzierung des Aufwuchses festzustellen ist. Sodann wird, nachdem die nun vorhandene Grasnarbe geätzt</p>	<p>Anlage wurde im Zuge des Bauleitplanverfahrens umgesetzt. Im Rahmen des Bebauungsplanes findet eine ökologische Aufwertung der intensiv landwirtschaftlichen Ackerflächen durch die Extensivierung des Grünlandes statt. Zudem erfolgt die Anlage von Hecken, welche als (Nahrungs-) Habitate dienen.</p> <p>Innerhalb der Modulflächen ist das Entwickeln eines <i>mäßig extensiv genutzten Grünlandes umzusetzen (vgl. 1.7.1)</i>. Durch das Vorgehen gemäß dem Leitfaden vom 10.12.2021 ist durch die bereits festgesetzten Maßnahmen eine weitere externe Ausgleichsfläche nicht notwendig.</p> <p>Zur Grünordnung hat die UNB Landshut keine Einwände hervorgebracht. In einem Telefonat mit der zuständigen Sachbearbeiterin am 30.10.2024 wurde dies nochmals bestätigt. Auf eine Anpassung gemäß der Stellungnahme wird verzichtet, jedoch an den Bauherren als freiwillige Maßnahmen herangetragen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen Zur Grünordnung hat die UNB Landshut keine Einwände hervorgebracht. In einem Telefonat mit der zuständigen Sachbearbeiterin am 30.10.2024 wurde dies nochmals bestätigt. Auf eine Anpassung gemäß der Stellungnahme wird verzichtet.</p>
--	---	--

	<p>wurde, das autochthone Wiesensaatgut in die Zwischenräume der Modulreihen eingesät. Nach dessen Aufwuchs kann eine Sukzession der Pflanzen in die von Ansaat freigelassenen Bereiche unter den Modulen nur dann erfolgen, wenn die Mahd der Wiesenstreifen erst dann erfolgt, wenn alles Blumen abgesamt haben. Wird zu früh gemäht, werden Pflanzen am Absamen gehindert, weshalb eine Sukzession höchstens bei Ausläufer (bildenden Pflanzen ober- oder unterirdisch) erfolgen kann.</p> <p>Auf eine gesonderte Ausgleichsfläche kann daher nur verzichtet werden, wenn nach 5 Jahren festgestellt wird, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - sich ein artenreiches Grünland auf den Ansaatstreifen gebildet hat und - eine Sukzession dieses Bewuchses auf die gesamte Anlagenfläche stattgefunden hat, vgl. Punkt 4.4.3 E1. <p><u>3. Reduktion der Aufwuchsmenge I</u> Eine Reduktion der Aufwuchsmenge von Gräsern kann auf einfache Weise durch die Ansaat des Zottigen Klappertopfs (<i>Rhinanthus alectorolophus</i>) erreicht werden. Als Halbschmarotzer parasitiert er an den Graswurzeln und entzieht ihnen dadurch Nährstoffe. Er stellt außerdem eine dauerhafte, sichere und hervorragende Bienen- und Hummelweide dar. Möchte man den Klappertopf nicht mehr haben, weil z.B. eine Beweidung vorgesehen ist, kann er durch Mahd vor der Blüte einfach aus der Fläche verbrannt werden.</p> <p>In ihrer Abwägung zum Projekt vom 12.11.2024 wird bemerkt, dass an der Ansaat von autochthonem Saatgut festgehalten wird. Dazu möchte ich bemerken, dass der Klappertopf ebenfalls als autochthones Saatgut erhältlich ist, und somit durchaus angesät werden kann. Eine Aussaat des Klappertopfs im südlichen Teil der Anlage würden genügen. So wäre der den reduzierten Aufwuchs von Gräsern leicht zu erkennen.</p> <p><u>4. Reduktion der Aufwuchsmenge II</u> Um den Nährstoffgehalt des Bodens zu reduzieren, sollte auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, vor der Ansaat von Wiesenkräutern Nährstoff zehrende Feldfrüchte wie z.B. Roggen oder Hader einzusäen. Natürlich ohne zusätzliche Düngung.</p> <p><u>5. Der BUND Naturschutz fordert,</u> folgende Punkte für die Pflege und Gestaltung von Grünflächen grundsätzlich in die Festsetzung der Grünordnung zu übernehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Abtransport des Mähgutes keinesfalls unmittelbar nach der Mahd, sondern frühestens am darauffolgenden Tag.</u> 	<p>Wird zur Kenntnis genommen und an den Bauherren als freiwillige Maßnahme herangetragen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und zur Beachtung an den Vorhabenträger herangetragen. Zur Grünordnung hat die UNB Landshut keine Einwände hervorgebracht. In einem Telefonat mit der</p>
--	--	---

	<p>Diese Vorgehensweise ist zwingend notwendig, um den im Lebensraum Wiese (Blühstreifen) vorhandenen Insekten das Überleben zu sichern. Insekten und Schmetterlingsraupen haben so genügend Zeit, zu ungemähten Flächen zu flüchten, und können noch auf der Fläche verbleiben.</p> <ul style="list-style-type: none"> Anwendung eines differenzierten Mähkonzepts: Belassung von ca. einem Drittel unbearbeiteter Flächen bei jeder Mahd, auch und besonders über den Winter; Mahd in Streifen, nicht in Vollfläche. Hierzu wird auf die Broschüre „Landshuter Leitfaden“, der vom Landesbund für Vogelschutz Landshut herausgebracht wurde und qualifizierte Pflegehinweise gibt verwiesen. Zum Download: https://landshut.lbv.de/projekte/landshuter-leitfaden/ Einrichtung von Totholz- und Steinhaufen an geeigneten Stellen innerhalb des Planungsgebietes: Bekanntermaßen wirken sich diese zusätzlichen Strukturen förderlich auf die Tierwelt aus. Sie bieten Unterschlupf und Lebensraum für zahlreiche Tierarten wie Mäuse, z.B. die Spitzmaus, Insekten, Amphibien, Reptilien, etc. <p>Eine Umsetzung lediglich von Mindestanforderungen an die Flächenanlage und -pflege ist keinesfalls geeignet, den in unserer agrarbetonten Heimat gerade noch vorhanden natürlichen Bestand an Flora und Fauna zu erhalten, geschweige denn zu verbessern! Darum ist es das Gebot der Stunde, der Natur im Zuge der Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen mehr Lebensraum zur Verfügung zu stellen.</p> <p><u>6. Schlussbetrachtung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Durch die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen wird die Chance genutzt, neben der Produktion von regenerativer Energie auch die nahezu verloren gegangene Diversität von Flora und Fauna in unserer agrarbetonten Heimat zu fördern. Die während der Nutzungsdauer der Fläche als Energiefeld eintretenden positiven Effekte auf Boden- und Wasserschutz sollten in die ökonomischen Gesamtbetrachtung der Bewirtschaftung einbezogen werden. In diesem Fall wird die Bodenerosion faktisch auf Null reduziert. 	<p>zuständigen Sachbearbeiterin am 30.10.2024 wurde dies nochmals bestätigt. Auf eine Anpassung gemäß der Stellungnahme wird verzichtet. Die Hinweise werden an den Bauherren als freiwillige Maßnahme herangetragen.</p> <p>Durch die festgesetzten grünordnerischen Maßnahmen erfolgt eine Extensivierung der Modulfläche sowie eine Strukturanreicherung durch die geplanten Eingrünungsstrukturen. Das ökologische Potential der Fläche wird im Vergleich zum vorherigen Bestand gesteigert.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis</p>
--	---	---

	<ul style="list-style-type: none"> • Durch regelmäßige Kontrolle der Ausgleichsflächen können Abweichungen von der Zielvorgabe rechtzeitig erkannt und Korrekturmaßnahmen ergriffen werden (z.B. bei Neophytenbefall). • Das Landschaftsbild kann durch arten- und strukturreiches Grünland in und um PV-Freiflächenanlagen durchaus bereichert werden. 	<p>genommen.</p> <p>Die Anlagen werden zur Kenntnis genommen und soweit möglich im Verfahren beachtet.</p>
<p>Wasserwirtschaftsamt Landshut vom 09.01.2025 Az: Herr Jakob Härtl</p>	<p>Gegen die beiden o.g. Bebauungspläne bestehen keine grundlegenden wasserwirtschaftlichen Bedenken. Folgende Hinweise geben wir:</p> <p>Die PV-Freiflächenanlage werden in Hanglagen errichtet, die teilweise in Richtung bestehender Bebauung entwässern, daher ist im Geltungsbereich für eine geschlossene Grasnarbe zu sorgen, Falls dennoch Erosionen und Abflussverlagerungen oder Abschlussverschärfungen auftreten, sind diese mit geeigneten Maßnahmen wie z.B. Bepflanzung oder Rückhaltemulden zu reduzieren, so dass umliegende Grundstücke nicht nachteilig beeinträchtigt werden. Als rechtliche Grundlage ist hier §37 WHG zu nennen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Innerhalb der Modulfläche wird ein extensiv genutztes Grünland entwickelt. Durch die dauerhafte Begrünung der Anlage wird einer Erosion sowie Abflussverlagerungen entgegengewirkt.</p>

Folgende beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Einwände gegen die Planung erhoben bzw. keine Hinweise gegeben:

- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 44 Bauleitplanung
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 24 Untere Naturschutzbehörde
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 43 Immissionsschutz
- Landratsamt Landshut, Brandschutzdienststelle
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Landshut
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Zweckverband zur Wasserversorgung Rottenburger Gruppe
- Markt Ergolsbach
- Markt Mallersdorf-Pfaffenberg
- Markt Schierling

Von folgenden beteiligten Behörden und Trägern öffentlicher Belange lag bis zur Sitzung keine Stellungnahme vor:

- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 40 Untere Bauaufsichtsbehörde
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 25, Abfallwirtschaft und Bodenschutz
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 23 Wasserrecht

- Landratsamt Landshut, Kreisarchäologie
- Landratsamt Landshut, Gesundheitsamt
- Landesamt für Denkmalpflege
- Bayerischer Bauernverband
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Gemeinde Hohenthann
- Stadt Rottenburg a.d. Laaber

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

3.1 Feststellungsbeschluss

Beschluss:

Die vom Büro GeoPlan, Donau-Gewerbepark 5, 94486 Osterhofen, gefertigten Planentwürfe in der Fassung vom 18.03.2025 mit Erläuterungsbericht und Umweltbericht in der Fassung vom 18.03.2025 für die Änderung des Flächennutzungsplans durch Deckblatt Nr. 22 und die Änderung des Landschaftsplans durch Deckblatt Nr. 12 werden hiermit als Änderung des Flächennutzungsplans und Änderung des Landschaftsplans verbindlich festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

3.2 Satzungsbeschluss

Beschluss:

Für das Gebiet „Sondergebiet Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf“ wird der vom Büro GeoPlan, Donau-Gewerbepark 5, 94486 Osterhofen gefertigte vorhabenbezogene Bebauungsplan mit integrierter Grünordnung in der Fassung vom 18.03.2025 mit Begründung und Umweltbericht in der Fassung vom 18.03.2025 als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

- 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Neufahrn i.NB durch Deckblatt Nr. 23 und des Landschaftsplanes durch Deckblatt Nr. 13 sowie Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit integrierter Grünordnung für ein "Sondergebiet Photovoltaikfreiflächenanlage Walpersdorf II" für Fl.Nr. 1013 Teilfläche, Gemarkung Niederroning;**

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Sachverhalt:

Die Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Änderung des Flächennutzungsplanes durch Deckblatt Nr. 23, für die Änderung des Landschaftsplanes durch Deckblatt Nr. 13 sowie für

die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit integrierter Grünordnung für ein „Sondergebiet Photovoltaikfreiflächenanlage Walpersdorf II“ für Fl.Nr. 1013 Teilfläche, Gemarkung Niederroning, wurde in der Zeit vom 11.12.2024 bis einschl. 10.01.2025 durchgeführt. Hierauf wurde durch ortsübliche Bekanntmachung, Veröffentlichung in der Presse, auf der Homepage der Gemeinde und im zentralen Landesportal für die Bauleitplanung Bayern form- und fristgerecht hingewiesen.

Die Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurde mit Schreiben vom 03.12.2024 (Fristsetzung bis 10.01.2025) durchgeführt.

1. Zur Änderung des Flächennutzungsplans durch Deckblatt Nr. 23 und des Landschaftsplans durch Deckblatt Nr. 13:

In der Abwägung der Belange gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch ergeben folgende einstimmigen Beschlüsse:

I. Abwägung der Belange gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch

Die Gemeinde Neufahrn i.NB unterstützt die Förderung erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet.

Der Geltungsbereich für die Photovoltaik-Freiflächenanlage mit einer Größe von insgesamt etwa 2 ha befindet sich auf einer Teilfläche der Flurnummer 1013 in der Gemarkung Niederroning, Gemeinde Neufahrn i. NB.

Belange der Landwirtschaft

Die Fläche wird derzeit intensiv ackerbaulich genutzt. Durch die Aufstellung der geplanten Anlage gehen Ackerstandorte im Zeitraum des Betriebes verloren. Dennoch kann im Geltungsbereich landwirtschaftliche Nutzung (Extensive Bewirtschaftung von Grünland) betrieben werden. Die Gemeinde gewichtet die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten. Die Fläche wird nicht dauerhaft versiegelt und kann nach der zeitlich befristeten Nutzung als Fläche für die Energiegewinnung wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Belange des Verkehrs

Das Planungsgebiet liegt westlich von Neufahrn i.NB. Die Gemeinde Neufahrn i.NB ist von der Bundesstraße 15 N erreichbar.

Durch die Abfahrt zur St 2142 vor dem Ortsteil Hebramsdorf gelangt man über die LA 35 und anschließend die Gemeindeverbindungsstraße Hebramsdorf-Piegendorf und deren anschließenden Feldwege an den Geltungsbereich an.

Belange des Orts- und Landschaftsbildes

Der Geltungsbereich liegt in der naturräumlichen Haupteinheit „Unterbayerisches Hügelland und Isar-Inn-Schotterplatten“. Die Untereinheit wird als „Donau-Isar-Hügelland“ bezeichnet.

Das Vorhaben befindet sich nicht in einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet. Durch die Bundesstraße 15 N (vierspurig, als autobahnähnliche Straße ausgebaut) im Umkreis des Geltungsbereichs sowie einer bestehenden PV-Freiflächenanlage besteht bereits eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Das Planareal ist nahe an Siedlungsbereichen gelegen, die von landwirtschaftlichen Betrieben geprägt sind. Zum Geltungsbereich sind lediglich landwirtschaftliche Betriebsgebäude gelegen.

Im Norden, Westen und Osten befinden sich bereits ausgedehnte Waldflächen, welche das Planareal weiträumig abschirmen. Auch im Süden Richtung Siedlungsfläche befinden sich bereits Gehölzstrukturen, die den Geltungsbereich bereits teilweise abschirmen. Es sind zusätzliche Eingrünungsstrukturen im Süden, Norden und Osten geplant, um der Beeinträchtigung des Schutzgutes entgegenzuwirken. Dadurch wird das Vorhaben in die jeweilige Richtung hin zur freien Landschaft abgeschirmt.

Bodenschutzklausel

Gemäß § 1 a Abs. 2 Baugesetzbuch soll mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden, Bodenversiegelungen sind auf das notwendige Maß zu begrenzen und landwirtschaftliche Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.

Die Gemeinde Neufahrn i.NB unterstützt die Förderung erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet. Die Gemeinde Neufahrn i.NB hat einen Kriterienkatalog für Freiflächenphotovoltaikanlagen aufgestellt, der grundsätzlich eingehalten wird. Die Fläche wird im Umfeld der bestehenden Anlage landwirtschaftlich genutzt. Außerdem kann die Fläche nach der zeitlich befristeten Nutzung für die Energiegewinnung wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

Die Gemeinde Neufahrn i.NB gewichtet deshalb in diesem Fall die Ausweisung von Flächen zur nachhaltigen Stromgewinnung höher als den temporären Verlust von Ackerland. Anlagen aus erneuerbaren Energien liegen gemäß dem Schreiben des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (24.02.2023) nicht nur im überwiegenden öffentlichen Interesse, sondern im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.

Belange des Umweltschutzes

Die zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft sind durch die Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 14 des Bundesnaturschutzgesetzes erfasst. Entsprechende Festsetzungen zur Eingriffsregelung und Grünordnung sind im Bebauungsplan / Grünordnungsplan integriert.

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB wurde eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen Umweltauswirkungen ermittelt und im Umweltbericht beschrieben werden. Zu weiteren Einzelheiten wird auf die Begründung verwiesen.

II. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind keine Stellungnahmen eingegangen.

III. Aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB liegen die unten aufgeführten Stellungnahmen vor. **Den Stellungnahmen sind die Abwägungen und Beschlüsse gegenübergestellt.**

<p>Regierung von Niederbayern vom 16.12.2024 Az: RNB-24-8314.1.5- 20-25-5 Sophia Held</p>	<p>Die Regierung von Niederbayern als höhere Landesplanungsbehörde hat hierzu bereits am 10.09.2024 Stellung genommen: Der gewählte Standort drängt sich aufgrund der fehlenden Vorbelastung sowie der Lage am Rand des Vorranggebietes für Lehm weiterhin nicht auf. Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung können dem Vorhaben aber weiterhin nicht entgegengehalten werden.</p> <p>Hinweis: Wir bitten darum, uns zur Pflege der Planzentrale und des Rauminformationssystems nach Inkrafttreten von Bauleitplänen bzw. städtebaulichen Satzungen eine Endausfertigung sowohl auf Papier als auch in digitaler Form mit Angabe des Rechtskräftigkeitsdatums zukommen zu lassen. Wir verweisen hierbei auf unser Schreiben „Mitteilung rechtskräftig gewordener Bauleitpläne und städtebaulicher Satzungen“ vom 08.12.2021. Besten Dank für Ihre Unterstützung.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Endfassungen werden in den gewünschten Formaten an die Regierung von Niederbayern übermittelt.</p>
<p>Regionaler Planungsverband vom 16.12.2024 Az: Herr Landrat Dreier</p>	<p>Der gewählte Standort drängt sich aufgrund der fehlenden Vorbelastung weiterhin nicht auf. Von Seiten des Regionalen Planungsverbandes Landshut bestehen keine Bedenken gegen die Planung, wenn die Gemeinde Neufahrn i. NB die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher gewichtet als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten.</p>	<p>Die Gemeinde gewichtet die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten. Durch die umfangreiche vorgesehene sowie bereits vorhandene Eingrünung der geplanten Anlage wird die Einsehbarkeit wesentlich reduziert. Ein möglicher zukünftiger Lehmabbau innerhalb des Vorranggebietes wird durch das Vorhaben nicht verhindert.</p> <p>Zusätzlich wird dem Ausbau Erneuerbarer Energien zwischenzeitlich ein großes gesamtgesellschaftliches Interesse beigemessen. Zur Beschleunigung des Ausbaus von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien in allen Rechtsbereichen wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient:</p> <p>„§ 2 Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien:</p>

		<p>Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.</p> <p>Die Gemeinde sieht es daher als Ihre Aufgabe an, den Umbau der Energieversorgung auch dezentral vor Ort voranzutreiben: Die Gemeinde ist außerdem verpflichtet, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz zu gewährleisten, wozu die geplante Freiflächenphotovoltaik-anlage maßgeblich beiträgt. Da sich die Gemeinde aktiv am Umbau der Energieversorgung beteiligen will, wird an der Planung festgehalten.</p>
--	--	--

Folgende beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Einwände gegen die Planung erhoben bzw. keine Hinweise gegeben:

- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 44 Bauleitplanung
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 24 Untere Naturschutzbehörde
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 43 Untere Immissionsschutzbehörde
- Landratsamt Landshut, Brandschutzdienststelle
- Landratsamt Landshut, Gesundheitsamt
- Wasserwirtschaftsamt Landshut
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Landshut
- Markt Ergolsbach
- Markt Mellersdorf-Pfaffenberg
- Markt Schierling

Von folgenden beteiligten Behörden und Trägern öffentlicher Belange lag bis zur Sitzung keine Stellungnahme vor:

- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 40 Untere Bauaufsichtsbehörde
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 25, Abfallwirtschaft und Bodenschutz
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 23 Wasserrecht
- Landratsamt Landshut, Kreisarchäologie
- Landesamt für Denkmalpflege
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Gemeinde Hohenthann
- Stadt Rottenburg a.d. Laaber

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

2. Zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Sondergebiet Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf II“

In der Abwägung der Belange gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch ergeben folgende einstimmigen Beschlüsse:

I. Abwägung der Belange gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch

Die Gemeinde Neufahrn i.NB unterstützt die Förderung erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet.

Der Geltungsbereich für die Photovoltaik-Freiflächenanlage mit einer Größe von insgesamt etwa 2 ha befindet sich auf einer Teilfläche der Flurnummer 1013 in der Gemarkung Niederroning, Gemeinde Neufahrn i. NB.

Belange der Landwirtschaft

Die Fläche wird derzeit intensiv ackerbaulich genutzt. Durch die Aufstellung der geplanten Anlage gehen Ackerstandorte im Zeitraum des Betriebes verloren. Dennoch kann im Geltungsbereich landwirtschaftliche Nutzung (Extensive Bewirtschaftung von Grünland) betrieben werden. Die Gemeinde gewichtet die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten. Die Fläche wird nicht dauerhaft versiegelt und kann nach der zeitlich befristeten Nutzung als Fläche für die Energiegewinnung wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Belange des Verkehrs

Das Planungsgebiet liegt westlich von Neufahrn i.NB. Die Gemeinde Neufahrn i.NB ist von der Bundesstraße 15 N erreichbar. Durch die Abfahrt zur St 2142 vor dem Ortsteil Hebramsdorf

gelangt man über die LA 35 und anschließend die Gemeindeverbindungsstraße Hebramsdorf-Piegingdorf und deren anschließenden Feldwege an den Geltungsbereich an.

Belange des Orts- und Landschaftsbildes

Der Geltungsbereich liegt in der naturräumlichen Haupteinheit „Unterbayerisches Hügelland und Isar-Inn-Schotterplatten“. Die Untereinheit wird als „Donau-Isar-Hügelland“ bezeichnet.

Das Vorhaben befindet sich nicht in einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet. Durch die Bundesstraße 15 N (vierspurig, als autobahnähnliche Straße ausgebaut) im Umkreis des Geltungsbereichs sowie einer bestehenden PV-Freiflächenanlage besteht bereits eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Das Planareal ist nahe an Siedlungsbereichen gelegen, die von landwirtschaftlichen Betrieben geprägt sind. Zum Geltungsbereich sind lediglich landwirtschaftliche Betriebsgebäude gelegen.

Im Norden, Westen und Osten befinden sich bereits ausgedehnte Waldflächen, welche das Planareal weiträumig abschirmen. Auch im Süden Richtung Siedlungsfläche befinden sich bereits Gehölzstrukturen, die den Geltungsbereich bereits teilweise abschirmen. Es sind zusätzliche Eingrünungsstrukturen im Süden, Norden und Osten geplant, um der Beeinträchtigung des Schutzgutes entgegenzuwirken. Dadurch wird das Vorhaben in die jeweilige Richtung hin zur freien Landschaft abgeschirmt.

Bodenschutzklausel

Gemäß § 1 a Abs. 2 Baugesetzbuch soll mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden, Bodenversiegelungen sind auf das notwendige Maß zu begrenzen und landwirtschaftliche Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.

Die Gemeinde Neufahrn i.NB unterstützt die Förderung erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet. Die Gemeinde Neufahrn i.NB hat einen Kriterienkatalog für Freiflächenphotovoltaikanlagen aufgestellt, der grundsätzlich eingehalten wird. Die Fläche wird im Umfeld der bestehenden Anlage landwirtschaftlich genutzt. Außerdem kann die Fläche nach der zeitlich befristeten Nutzung für die Energiegewinnung wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

Die Gemeinde Neufahrn i.NB gewichtet deshalb in diesem Fall die Ausweisung von Flächen zur nachhaltigen Stromgewinnung höher als den temporären Verlust von Ackerland. Anlagen aus erneuerbaren Energien liegen gemäß dem Schreiben des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (24.02.2023) nicht nur im überwiegenden öffentlichen Interesse, sondern im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.

Belange des Umweltschutzes

Die zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft sind durch die Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 14 des Bundesnaturschutzgesetzes erfasst. Entsprechende Festsetzungen zur Eingriffsregelung und Grünordnung sind im Bebauungsplan / Grünordnungsplan integriert. Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB wurde eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen Umweltauswirkungen ermittelt und im Umweltbericht beschrieben werden. Zu weiteren Einzelheiten wird auf die Begründung verwiesen.

II. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind keine Stellungnahmen eingegangen.

III. Aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB liegen die unten aufgeführten Stellungnahmen vor. **Den Stellungnahmen sind die Abwägungen und Beschlüsse gegenübergestellt.**

<p>Regierung von Niederbayern vom 16.12.2024 Az: RNB-24-8314.1.5- 20-25-5 Sophia Held</p>	<p>Die Gemeinde Neufahrn i.NB. beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf II“. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage geschaffen werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 23 erfolgt im Parallelverfahren.</p> <p>Die Regierung von Niederbayern als höhere Landesplanungsbehörde hat hierzu bereits am 10.09.2024 Stellung genommen: Der gewählte Standort drängt sich aufgrund der fehlenden Vorbelastung sowie der Lage am Rand des Vorranggebietes für Lehm weiterhin nicht auf. Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung können dem Vorhaben aber weiterhin nicht entgegengehalten werden.</p> <p>Hinweis: Wir bitten darum, uns zur Pflege der Planzentrale und des Rauminformationssystems nach Inkrafttreten von Bauleitplänen bzw. städtebaulichen Satzungen eine Endausfertigung sowohl auf Papier als auch in digitaler Form mit Angabe des Rechtskräftigkeitsdatums zukommen zu lassen. Wir verweisen hierbei auf unser Schreiben „Mitteilung rechtskräftig gewordener Bauleitpläne und städtebaulicher Satzungen“ vom 08.12.2021. Besten Dank für Ihre Unterstützung.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Endfassungen werden in den gewünschten Formaten an die Regierung von Niederbayern übermittelt.</p>
<p>Regionaler Planungsverband vom 16.12.2024 Az: Herr Landrat Dreier</p>	<p>Die Gemeinde Neufahrn i.NB. beabsichtigt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf II“. Dadurch sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage geschaffen werden. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 23 erfolgt im Parallelverfahren.</p> <p>Der gewählte Standort drängt sich aufgrund der fehlenden Vorbelastung weiterhin nicht auf. Von Seiten des Regionalen Planungsverbandes Landshut bestehen keine Bedenken gegen die Planung, wenn die Gemeinde Neufahrn i. NB. Die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher gewichtet als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Gemeinde gewichtet die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien höher als die Produktion dieser auf vorbelasteten Standorten. Durch die umfangreiche vorgesehene sowie bereits vorhandene Eingrünung der geplanten Anlage wird die Einsehbarkeit wesentlich reduziert. Ein möglicher zukünftiger Lehmabbau innerhalb des Vorranggebietes wird durch das Vorhaben nicht verhindert.</p> <p>Zusätzlich wird dem Ausbau Erneuerbarer Energien</p>

		<p>zwischenzeitlich ein großes gesamtgesellschaftliches Interesse beigemessen. Zur Beschleunigung des Ausbaus von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien in allen Rechtsbereichen wurde im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient: „§ 2 Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien: Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.</p> <p>Die Gemeinde sieht es daher als Ihre Aufgabe an, den Umbau der Energieversorgung auch dezentral vor Ort voranzutreiben: Die Gemeinde ist außerdem verpflichtet, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz zu gewährleisten, wozu die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage maßgeblich beiträgt. Da sich die Gemeinde aktiv am Umbau der Energieversorgung beteiligen will, wird an der Planung festgehalten.</p>
--	--	--

<p>Wasserwirtschaftsamt Landshut vom 09.01.2025 Herr Jakob Härtl</p>	<p>Gegen die beiden o.g. Bebauungspläne bestehen keine grundlegenden wasserwirtschaftlichen Bedenken. Folgende Hinweise geben wir:</p> <p>Die PV-Freiflächenanlage werden in Hanglagen errichtet, die teilweise in Richtung bestehender Bebauung entwässern, daher ist im Geltungsbereich für eine geschlossene Grasnarbe zu sorgen. Falls dennoch Erosionen und Abflussverlagerungen oder Abflussverschärfungen auftreten, sind diese mit geeigneten Maßnahmen wie z.B. Bepflanzung oder Rückhaltemulden zu reduzieren, so dass umliegende Grundstücke nicht nachteilig beeinträchtigt werden. Als rechtliche Grundlage ist hier § 37 WHG zu nennen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Innerhalb der Modulfläche wird ein extensiv genutztes Grünland entwickelt. Durch die dauerhafte Begrünung der Anlage wird einer Erosion sowie Abflussverlagerungen entgegen gewirkt.</p>
<p>Bund Naturschutz vom 10.01.2025 Herr Heinrich Inkoferer</p>	<p><u>1. Allgemein</u></p> <p>Die BUND Naturschutz-Kreisgruppe Landshut hält weiterhin an der zum Vorhaben abgegebenen Stellungnahme zum Vorentscheid fest. Wir betonen hiermit die dringende Notwendigkeit, bei der Erstellung von Freiflächen-PV-Anlagen nicht nur die Erzeugung von umweltfreundlicher, klimaschonender elektrischer Energie mit dem einhergehenden wirtschaftlichen Gewinn als alleiniges Ziel zu betrachten, sondern auch den unmittelbar notwendigen lokalen Schutz der Natur nicht gänzlich zu vernachlässigen. Beides, die Energieversorgung und der Naturschutz, müssen gleichwertig betrachtet werden.</p> <p>Sollten nämlich die Maßnahmen zur Schaffung einer artenreichen Wiese im Anlagengelände nicht erfolgreich sein und trotzdem keine gesonderte Ausgleichsfläche angelegt werden, wäre der Naturschutz völlig ausgehebelt. Dieses Risiko besteht tatsächlich.</p> <p>Gerät der Naturschutz bei Planung und Betrieb einer Anlage zur Erzeugung von regenerativen Energien ins Hintertreffen, muss der BN diese Planung ablehnen!</p> <p>Die in unserer Stellungnahme zum Vorentwurf eingebrachten Forderungen sind bei weitem nicht übertrieben und der Wirtschaftlichkeit der Anlage auch nicht abträglich, wurden diese doch in anderen</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Eine umweltschonende Planung der PV-Anlage wurde im Zuge des Bauleitplanverfahrens umgesetzt. Im Rahmen des Bebauungsplanes findet eine ökologische Aufwertung der intensiv landwirtschaftlichen Ackerflächen durch die Extensivierung des Grünlandes statt. Zudem erfolgt die Anlage von Hecken, welche als Nahrungs-Habitate dienen.</p> <p>Innerhalb der Modulflächen ist das Entwickeln eines mäßig extensiv genutzten Grünlandes umzusetzen (vgl. 1.7.1). Durch das Vorgehen gemäß dem Leitfaden vom 10.12.2021 ist durch die bereits festgesetzten Maßnahmen eine weitere externe Ausgleichsfläche nicht notwendig.</p> <p>Zur Grünordnung hat die UNB Landshut keine Einwände hervorgebracht. In einem</p>

	<p>Bebauungsplänen von PV-Freiflächenanlagen im Lkr. Landshut vorbehaltlos übernommen.</p> <p>Darum plädiere ich an das Entscheidungsgremium, seine Zurückhaltung noch einmal zu überdenken und die Stellungnahme des BUND Naturschutz nunmehr in vollem Umfang zu berücksichtigen.</p> <p><u>2. Zu BBP/GOP Ziffer 4.4.2. Eingriff und Ausgleich</u></p> <p>Es wird auf das Rundschreiben „Bau- und landesplanerische Behandlung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen...“ Aus dem Jahr 2021, hingewiesen, nach dem „durch Gestaltungs- und Pflegemaßnahmen erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes vollständig vermieden werden, wenn der Biotoptyp A11 oder G11 vorliegt und der Zielzustand G212 „Mäßig extensiv genutztes, artenreiches Grünland“ auf den Flächen unter der PV-Anlage erreicht werden kann.“</p> <p>Dieser Zielzustand kann mit den vorliegende vorgeschlagenen Maßnahmen jedoch nur dann erreicht werden, wenn zunächst nur Gras angesät, gemäht und weggefahren wird, dies 2 bis 3 Jahre lang, bis eine Reduzierung des Aufwuchses festzustellen ist. Sodann wird, nachdem die nun vorhandene Grasnarbe geerntet wurde, das autochthone Wiesensaatgut in die Zwischenräume oder Modulreihen eingesät. Nach dessen Aufwuchs kann eine Sukzession der Pflanzen in die von Ansaat freigelassenen Bereiche unter den Modulen nur dann erfolgen, wenn die Mahd der Wiesenstreifen Erst dann erfolgt, wenn alle Blumen abgesamt haben. Wird zu früh gemäht, werden Pflanzen am absamen gehindert, weshalb eine Sukzession höchstens bei Ausläufer (bildenden Pflanzen ober- oder unterirdisch) erfolgen kann.</p> <p>Auf eine gesonderte Ausgleichsfläche kann daher nur verzichtet werden, wenn nach 5 Jahren festgestellt wird, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sich ein artenreiches Grünland auf den Ansaatstreifen gebildet hat und - Eine Sukzession dieses Bewuchses auf die gesamte Anlagenfläche stattgefunden hat, vgl. Punkt 4.4.3 E1. <p><u>3. Reduktion der Aufwuchsmenge I</u></p> <p>Eine Reduktion der Aufwuchsmenge von Gräsern kann auf einfache Weise durch die Ansaat des Zottigen Klappertopfs (Rhinanthus alectorolophus) erreicht werden. Als Halbschmarotzer parasitiert er an den Graswurzeln und entzieht ihnen dadurch Nährstoffe. Er stellt außerdem eine dauerhafte, sichere und hervorragende Bienen- und Hummelweide dar. Möchte man den Klappertopf nicht mehr haben, weil z.B. eine Beweidung vorgesehen ist, kann er durch Mahr vor der Blüte einfach aus der Fläche verbannt werden.</p> <p>In ihrer Abwägung zum Projekt vom 12.11.2024 wird</p>	<p>Telefonat mit der zuständigen Sachbearbeiterin am 30.10.2024 wurde dies nochmals bestätigt. Auf eine Anpassung gemäß der Stellungnahme wird verzichtet.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen Zur Grünordnung hat die UNB Landshut keine Einwände hervorgebracht. In einem Telefonat mit der zuständigen Sachbearbeiterin am 30.10.2024 wurde dies nochmals bestätigt. Auf eine Anpassung gemäß der Stellungnahme wird verzichtet.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und an den Bauherren als freiwillige Maßnahme herangebracht.</p>
--	--	--

	<p>bemerkt, dass an der Ansaat von autochthonem Saatgut festgehalten wird. Dazu möchte ich bemerken, dass der Klappertopf ebenfalls als autochthones Saatgut erhältlich ist, und somit durchaus angesät werden kann. Eine Aussaat des Klappertopfs im südlichen Teil der Anlage würde genügen. So wäre der des reduzierte Aufwuchs von Gräsern leicht zu erkennen.</p> <p><u>4. Reduktion der Aufwuchsmenge II</u> Um den Nährstoffgehalt des Bodens zu reduzieren, sollte auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, vor der Ansaat von Wiesenkräutern Nährstoff zehrende Feldfrüchte wie z.B. Roggen oder Hafer einzusäen. Natürlich ohne zusätzliche Düngung.</p> <p><u>5. Der BUND Naturschutz fordert,</u> folgende Punkte für die Pflege und Gestaltung von Grünflächen grundsätzlich in die Festsetzungen der Grünordnung zu übernehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abtransport des Mähguts <u>keinesfalls unmittelbar nach der Mahd, sondern frühestens am darauffolgenden Tag.</u> Diese Vorgehensweise ist zwingend notwendig, um den im Lebensraum Wiese (Blühstreifen) vorhandenen Insekten das Überleben zu sichern. Insekten und Schmetterlingsraupen haben so genügend Zeit, zu ungemähten Flächen zu flüchten, und können noch auf der Fläche verbleiben. • Anwendung eines differenzierten Mähkonzepts: Belassung von ca. einem Drittel unbearbeiteter Fläche bei jeder Mahd, auch und besonders über den Winter; Mahd in Streifen, nicht in Vollfläche. Hierzu wird auf die Broschüre „Landshuter Leitfaden“, der vom Landesbund für Vogelschutz Landshut herausgebracht wurde und qualifizierte Pflegehinweise gibt, verwiesen. Zum Download: https://landshut.lbv.de/projekte/landshuter-leitfaden/ • Einrichtung von Totholz- und Steinhaufen an geeigneten Stellen innerhalb des Planungsgebiets: Bekanntermaßen wirken sich diese zusätzlichen Strukturen förderlich auf die Tierwelt aus. Sie bieten Unterschlupf und Lebensraum für zahlreiche Tiefarten wie Mäuse, z.B. die Spitzmaus, Insekten, Amphibien, Reptilien, etc. <p>Eine Umsetzung lediglich von Mindestanforderungen an die Flächenanlage und -pflege ist keinesfalls geeignet, den in unserer agrarbetonten Heimat gerade noch vorhandenen natürlichen Bestand an Flora und Fauna zu erhalten, geschweige denn zu verbessern!</p> <p>Darum ist es das Gebot der Stunde, der Natur im Zuge der Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen mehr Lebensraum zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und zur Beachtung an den Vorhabenträger herangetragen. Zur Grünordnung hat die UNB Landshut keine Einwände hervorgebracht. In einem Telefonat mit der zuständigen Sachbearbeiterin am 30.10.2024 wurde dies nochmals bestätigt. Auf eine Anpassung gemäß der Stellungnahme wird verzichtet. Die Hinweise werden an den Bauherren als freiwillige Maßnahme herangetragen.</p> <p>Durch die festgesetzten grünordnerischen Maßnahmen erfolgt eine Extensivierung der Modulfläche sowie eine Strukturanreicherung durch die geplanten Eingrünungsstrukturen.</p> <p>Das ökologische</p>
--	--	---

	<p>Potential der Fläche wird im Vergleich zum vorherigen Bestand gesteigert.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anlagen werden zur Kenntnis genommen und soweit möglich im Verfahren beachtet.</p>
	<p><u>6. Schlussbetrachtung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Durch die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen wird die Chance genutzt, neben der Produktion von regenerativer Energie auch die nahezu verloren gegangene Diversität von Flora und Fauna in unserer agrarbetonten Heimat zu fördern. • Die während der Nutzungsdauer der Fläche als Energiefeld eintretenden positiven Effekte auf Boden- und Wasserschutz sollten in die ökonomischen Gesamtbetrachtung der Bewirtschaftung einbezogen werden. In diesem Fall wird die Bodenerosion faktisch auf Null reduziert. • Durch regelmäßige Kontrolle der Ausgleichsflächen können Abweichungen von der Zielvorgabe rechtzeitig erkannt und Korrekturmaßnahmen ergriffen werden (z.B. bei Neophytenbefall). • Das Landschaftsbild kann durch arten- und strukturreiches Grünland in und um PV-Freiflächenanlagen durchaus bereichert werden.
Bayernwerk Netz GmbH	<p>Gegen das o.g. Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwände, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Mit dem Schreiben vom 26.09.2024 – Zeichen TOAP Ge 12638 haben wir von der Bayernwerk Netz GmbH bereits eine weiterhin gültige Stellungnahme zum Verfahren abgegeben: „<i>Gegen das Planungsvorhaben bestehen von unserer Seite keine Einwände. Im Geltungsbereich befinden sich keine von uns betriebene Anlagen, welche für das Vorhaben relevant sind.</i>“</p> <p>Losgelöst von möglichen Festlegungen zu einem Netzanschluss- bzw. Verknüpfungspunkt mit dem Stromnetz der allgemeinen Versorgung im Rahmen dieser Bauleitplanung erfolgt diese Festlegung ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben wie z.B. EEG, KWKG.</p> <p>Auskünfte zur Lage der von uns betriebenen Versorgungsanlagen können Sie online über unser Planauskunftsportal einholen. Das Portal erreichen Sie unter: www.bayernwerk-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html</p> <p>Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

	Verfügung. Wir bitten Sie, uns bei weiteren Verfahren zu beteiligen.	Wird zur Kenntnis genommen. Eine Beteiligung bei künftigen Verfahren ist vorgesehen.
--	--	--

Folgende beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Einwände gegen die Planung erhoben bzw. keine Hinweise gegeben:

- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 44 Bauleitplanung
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 24 Untere Naturschutzbehörde
- Landratsamt Landshut, Gesundheitsamt
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Landshut
- Markt Ergoldsbach
- Markt Mallersdorf-Pfaffenberg
- Markt Schierling

Von folgenden beteiligten Behörden und Trägern öffentlicher Belange lag bis zur Sitzung keine Stellungnahme vor:

- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 40 Untere Bauaufsichtsbehörde
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 25, Abfallwirtschaft und Bodenschutz
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 23 Wasserrecht
- Landratsamt Landshut, Sachgebiet 43 Untere Immissionsschutzbehörde
- Landratsamt Landshut, Kreisarchäologie
- Landesamt für Denkmalpflege
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Gemeinde Hohenthann
- Stadt Rottenburg a.d. Laaber

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

4.1 Feststellungsbeschluss

Beschluss:

Die vom Büro GeoPlan, Donau-Gewerbepark 5, 94486 Osterhofen, gefertigten Planentwürfe in der Fassung vom 18.03.2025 mit Erläuterungsbericht und Umweltbericht in der Fassung vom 18.03.2025 für die Änderung des Flächennutzungsplans durch Deckblatt Nr. 23 und die Änderung des Landschaftsplans durch Deckblatt Nr. 13 werden hiermit als Änderung des Flächennutzungsplans und Änderung des Landschaftsplans verbindlich festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

4.2 Satzungsbeschluss

Beschluss:

Für das Gebiet „Sondergebiet Photovoltaik-Freiflächenanlage Walpersdorf II“ wird der vom Büro GeoPlan, Donau-Gewerbepark 5, 94486 Osterhofen gefertigte vorhabenbezogene Bebauungsplan mit integrierter Grünordnung in der Fassung vom 18.03.2025 mit Begründung und Umweltbericht in der Fassung vom 18.03.2025 als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 1

5. Bekanntgabe von auf dem Verwaltungsweg behandelten Bauanträgen

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Forstner gab folgende Bauanträge bekannt, die auf dem Verwaltungsweg behandelt wurden:

Bauvorhaben	Bauort
Ersatzbau eines EFH mit Verkaufsraum und einer Landwirtschaftlichen Bergehalle	Hauptstraße 1
Errichtung einer Wohnung in Holzbauweise über einem bestehenden Garagengebäude	Piegendorf 16
Anbau eines Kaltscharrhauses an den bestehenden Hähnchen-Maststall	Ettenkofen
Tektur und Leistungserhöhung einer bestehenden Hofbiogasanlage	Ettenkofen

Ohne Abstimmung.

6. Bekanntmachung von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen, für welche die Gründe der Geheimhaltung entfallen sind

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Forstner gab folgende Beschlüsse bekannt, die in nichtöffentlicher Sitzung am 11.02.2025 gefasst wurden und für die die Geheimhaltung aufgehoben wurde:

11. Vergabebeschlüsse - 2. Erweiterung der Kinderkrippe Lummerland Asenkofen, Fl.Nr. 1100/1, Gemarkung Neufahrn i.NB

Baumeisterarbeiten:

Vergabe an die Firma Paul Meister e.K., Ergoldsbach (wirtschaftlich günstigster Anbieter).

Zimmerer- und Dachdeckerarbeiten:

Vergabe an Firma Holzbau Rehm GmbH, Mallersdorf-Pfaffenberg

Verputzarbeiten:

Vergabe an Firma Gebendorfer Bau- und Verputz GmbH, Pfeffenhausen

Gebäudeabdichtungsarbeiten:

Vergabe an Firma Holzbau Rehm GmbH, Mallersdorf-Pfaffenberg

Estricharbeiten:

Vergabe an Firma Halbritter Estrichbau, Neustadt a. d. Donau

Ohne Abstimmung.**7. Anfragen / Informationen des Bürgermeisters****Sachverhalt:**

GRin. Zeindl sprach an, dass die Postagentur Fischaleck zum 01. August schließen wird. Erster Bürgermeister Forstner berichtete, dass der Weiterbetrieb der Poststelle nahezu gesichert ist.

Weitere regte GRin. Zeindl an, wie in anderen Gemeinden bereits praktiziert, für die Aktion „Sauberes Bayern“ einen festen Termin zu setzen. Erster Bürgermeister Forstner meinte, das könne man versuchen.

GR. Ertl wies darauf hin, dass die Kabelarbeiten in Winklsaß noch nicht fertig sind. Der Pflasterbelag wurde teilweise nicht eingesandet. Erster Bürgermeister Forstner sagte zu, dies vom Bauamt überprüfen zu lassen.

Zweiter Bürgermeister Pritscher sprach die abschnittsweise Geschwindigkeitsbeschränkung an der St 2142 zwischen Hofendorf und Neufahrn an, die für viele nicht nachvollziehbar ist. Wenn man in Hofendorf auf die Staatsstraße fährt, darf man 100 km/h fahren, dann kommt eine Beschränkung auf 70 km/h und im Bereich der Auffahrt auf die B15 wird die Beschränkung wieder aufgehoben und man darf wieder 100 km/h fahren. Dieser Umstand ist nicht nur im Hinblick auf die Anschlussstelle gefährlich, die Jagdgenossenschaft und die Jäger beklagen, dass es aufgrund der hohen Geschwindigkeiten sehr viele Wildunfälle auf dieser Strecke gibt. Die vor geraumer Zeit an den Verkehrsleitpfosten installierten Wildschutzreflektoren wirken anscheinend nicht mehr, weil sich das Wild an sie gewöhnt hat.

Erster Bürgermeister Forstner erklärte, es gab schon eine Begehung mit dem Staatlichen Bauamt, als die Geschwindigkeitsbeschränkungen nach der Baufertigstellung der B15 aufgehoben wurden. Dabei wurde erklärt, dass Geschwindigkeitsbeschränkungen auf freier Strecke nur an Unfallschwerpunkten dauerhaft angeordnet werden können.

GR. Mooser sprach erneut die Straßenverschmutzung in Oberndorf an. Die Baumaschinen wurden jetzt abgezogen, die Straße aber nicht gereinigt. Erster Bürgermeister Forstner erklärte, auch darum wird sich das Bauamt kümmern.

Zum Schluss der öffentlichen Sitzung informierte Erster Bürgermeister Forstner, dass der Landkreis Landshut ab 01.01.2026 dem Münchner Verkehrsverbund (MVV) beitrifft. Das Gebiet des MVV erstreckt sich dann bis Neufahrn.

Es laufen nun Gespräche zwischen dem MVV und dem Regensburger Verkehrsverbund (RVV), damit zwischen Neufahrn und Eggmühl keine „weiße Strecke“ entsteht, die außerhalb eines Verkehrsverbundes liegt. Es wäre am besten, das Tarifgebiet des RVV bis Neufahrn zu erweitern, ab Neufahrn gilt dann der MVV.

GR. Ertl meinte, die Schnittstelle in Neufahrn wäre ideal, weil nämlich auch der Landkreis Straubing-Bogen und die Stadt Straubing Richtung Neufahrn dem RVV beitreten.

Um 20:08 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Neufahrn i.NB

Vorsitzender

Peter Forstner
Erster Bürgermeister

Grundler Andrea
Verw.Fachwirtin